

Auch das Jüdische Waisenhaus wurde von Garbáty großzügig unterstützt. Im Jahre 2000 wurde der Platz vor dem Pankower Bahnhof zu Ehren Garbáty in Garbátyplatz umbenannt. Für diese Ehrung hatte sich besonders Inge Lammel (1924-2015) eingesetzt.

Als Kind jüdischer Eltern im Prenzlauer Berg geboren, entkam sie der Ermordung durch die Nazis mit dem letzten Kindertransport jüdischer Kinder nach Großbritannien. Nach ihrer Rückkehr studierte Inge Lammel an der Humboldt-Universität und arbeitete danach an der Akademie der Künste. Ihr Spezialgebiet und das Thema ihrer Dissertation war das Arbeiterlied. Noch im hohem Alter widmete sie sich einem neuen Thema, dem Schicksal jüdischer Bürger in Pankow. Sie setzte sich für die Verlegung von Stolpersteinen und für die Umbenennung des Bahnhofsvorplatzes in Garbátyplatz ein, veröffentlichte Beiträge zum jüdischen Leben in Pankow und machte selbst Führungen zu Erinnerungsstätten.

Die Reihe mit Pankow verbundener jüdischer Persönlichkeiten ließe sich fortsetzen. Doch soll zum Abschluss noch einiges zur Geschichte des Jüdischen Waisenhauses gesagt werden.

Es entstand nicht, wie manchmal angenommen wurde, als Heimstätte für elternlose jüdische Kinder aus Pankow, sondern war eher so etwas wie ein Flüchtlingsheim. Als in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts im russischen Zarenreich Judenpogrome fast alltäglich wurden, organisierte ein Flüchtlingskomitee eine Heimstätte für jüdische Waisenkinder.

Es war zunächst ein Landhaus an der Berliner Straße 35, das 40 Jungen Obdach bot. 1891 erwarb die Jüdische Gemeinde das Objekt. Später siedelte das Waisenhaus in die Berliner Straße 120 um. Nach einem Dachstuhlbrand erhielt der bekannte Baumeister Alexander Beer den Auftrag für einen Neubau, der 1911/12 in seiner heutigen Form fertiggestellt wurde. Bis zu 100 Kinder und Jugendliche erhielten hier eine Ausbildung. Nach einem Naziüberfall konnten die meisten Kinder ins Ausland fliehen. Auch dank der Bemühungen von Inge Lammel ist heute die Geschichte dieses Hauses gut dokumentiert.

Literatur:

Ralph Hoppe: Pankow. Zwischen Idylle und Metropole. 2. Aufl., Berlin 2013.

Kerstin Lindstädt: Berlin-Pankow. Aus der Orts- und Baugeschichte. 2. Aufl., Berlin 2013.

H. Sommer

Die Linke

Ortsverband
Pankow Süd

Herausgeber: Die Linke, Ortsverband Pankow Süd (Post an: Die Linke, Pankow, Geschäftsstelle, Wisbyer Str. 37, 13189 Berlin), Telefon: (030) 44 01 77 80, info@die-linke-pankow.de

Termine

Mittwoch, 27. März 2024, ab 20.00 Uhr
Neumitglieder-Stammtisch

Ort: Café Butter, Pappelallee 73
Du bist frischgebackenes Linke-Mitglied oder neu in Prenzlauer Berg?

Sozial- und Mietenberatung

am 1. und 3. Donnerstag, 16-17.30 Uhr,
mit Rechtsanwältin Kay Fülle (Wahlkreisbüro Katrin Seidel, Wisbyer Str. 37)



Noch schweigt im grünen Kiez die Säge

Bis Mitte Februar hat sich das Bezirksamt Zeit gegeben, um über die artenschutzrechtlichen Belange der geplanten Baustelle im Schlossparkkiez an der Kavaliertstraße zu entscheiden. Die vorerst letzte Instanz in einem jahrelangen Streit, um ein gesundes Wohnumfeld im grünen Kiez.



Die Gesobau versucht mit Hilfe des Bauensors, eine nur schwer genehmigungsfähige Bebauung in den Innenhöfen der Nachkriegssiedlung im Pankower Zentrum durchzusetzen. Statt sich mit dem Bezirk auf eine rücksichtsvolle Nachverdichtung zu verständigen, geht man den umstrittenen Weg des Sonderbaurechts. Hierbei werden auch Bebauungspläne außer Kraft gesetzt, um kurzfristig Baurecht für Geflüchtetenunterkünfte zu ermöglichen.

Zur Aushebelung unwilliger Bezirke missbraucht hier der Schwarz-Rote Senat dieses Sonderrecht.

Dass die Gesobau sehr -sagen wir selbst-

bewusst - agiert, zeigt sich auch am Umgang mit dem öffentlichen Straßenland. Hier hat das Bezirksamt festgestellt, dass eingerichtete Sperrungen und erste Baumaßnahmen gar nicht erst bei den zuständigen Stellen beantragt wurden. Und vielleicht war man sich auch sicher, dass ein paar Kästen für die Fledermäuse schon reichen werden, um den Artenschutz zu gewährleisten.

Warum die Senatsverwaltung damit ein schlechtes Beispiel für Berlin gegeben hat, zeigt sich mittlerweile auch an anderen Stellen im Bezirk. Eigentümer von Flächen, die außerhalb städtebaulich sinnvoller Zusammenhänge liegen und somit schwer bis gar nicht zu vermarkten sind, umgehen mit der Beantragung von Gebäuden zur Unterbringung von Geflüchteten sämtliche demokratischen Verfahren zur Absicherung einer gemeinwesenorientierten Stadtentwicklung.

Flächen im Außenbereich und Kleingartenanlagen, wo man sich vorher einigen musste, ob etwas und was an einer Stelle sinnvoll sein kann, alles liegt plötzlich im Wollen der Eigentümer.

Nur Kommunen mit ausreichend Schul- und Spielplätzen, gepflegten Grünanlagen und einem funktionierendem ÖPNV sind in der Lage, ein Umfeld zu schaffen, in dem Menschen gerne mit anderen zusammenleben wollen.

Fred Bordfeld,
stadtentwicklungspolitischer Sprecher

Niemand darf im Kalten sitzen – Linksfraktion beantragt Heizkostenfonds

Betriebskostenabrechnungen mit enormen Nachforderungen für das vergangene Jahr bereiten vielen Mieter*innen in Berlin gerade große Sorgen. Die Nachzahlungen dürften in den meisten Fällen nicht auf einem erhöhten Verbrauch, sondern in den massiven Energiekostensteigerungen und der schlechten Energieeffizienz von Heizungen und Gebäuden beruhen.



Bei Nachforderungen, die die Höhe einer gesamten Monatsmiete übersteigen, drohen den Betroffenen Kündigungen, wenn sie die Kosten nicht begleichen können. Darüber hinaus bringen sie immer mehr Mieter*innen zusätzlich in Zahlungsschwierigkeiten.

Die Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus möchte verhindern, dass Menschen ihre Wohnung verlieren, weil sie die Nachforderungen nicht bezahlen können.

Deshalb stellen wir Ende Februar den Antrag, „Berlin im Heizkosten-Schock: Heizkostenfonds auf den Weg gebracht – damit niemand seine Wohnung verliert oder im Kalten sitzt“, ins Abgeordnetenhaus ein.

In diesem fordern wir u.a. Folgendes:

Heizkostenfonds für unbürokratische Hilfe auflegen

* Haushalte sollen einen Antrag auf Übernahme der Nachforderungen für Warmwasser und Heizung (warme Betriebskosten) als Zuschuss stellen können, sofern diese Kosten eine monatliche Nettokaltmiete übersteigen und sofern sie aus eigenem

Einkommen nicht in der Lage sind, diese Nachzahlung zu begleichen.

* Der Fonds soll sich an Haushalte richten, deren Einkommen bis zu 180 Prozent über den Bundeseinkommengrenzen für einen Wohnberechtigungsschein (WBS 280) liegt.

* Das Gesamtvolumen für den Härtefallfonds soll zunächst auf 10 Millionen Euro angesetzt werden. Diese Kosten sollen aus Mitteln der Eigentumsförderung finanziert werden, die die schwarz-rote Koalition auf 16 bzw. 17 Millionen Euro pro Jahr aufgestockt hat.

Wohnungskonzerne in die Pflicht nehmen

Um die Ursachen steigender Heiz- und Energiekosten anzugehen, braucht es Maßnahmen zur Absenkung der Energiepreise, einen beschleunigten, klimagerechten Umbau der Heiz- und Energieversorgung und eine effiziente Dämmung. Hier nehmen wir die Wohnungskonzerne in die Pflicht:

* Sie sollen aufgefordert werden, Abrechnungen und Belege ihrer Heiz- und Nebenkosten offenzulegen und auf nicht belegbare Nachzahlungsforderungen zu verzichten.

* Der Senat soll ein Förderprogramm für private Wohnungsunternehmen und eine direkte Finanzierung der energetischen Gebäudesanierung des Bestandes der landeseigenen Wohnungsunternehmen sicherstellen.

* Beim klimaneutralen Umbau der Fernwärme wird der Senat aufgefordert kosteneffizient zu agieren, Investitionen zu unterstützen und die Bezahlbarkeit für Haushalte mit niedrigen Einkommen durch regelmäßige, öffentliche Preiskontrollen sicherzustellen.

Elke Breitenbach, Mitglied der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus



Foto Ben Gross

Mit Schließfächern Obdachlosen helfen

Die Obdachlosigkeit steht für Betroffene oft am Ende einer längeren Abwärtsspirale. Gesellschaft und Politik müssen helfen, diese zu stoppen und umzukehren. Ein Baustein davon ist, dass wichtige Dokumente nicht verloren gehen.

Die Linksfraktion ersucht das Bezirksamt deshalb, Schließfächer für obdachlose Menschen einzurichten, in denen sie auch ohne ein Handy ihre Wertsachen - Ausweis, Krankenkassenkarte, wichtige Unterlagen etc. kostenfrei und nach Bedarfslage ohne zeitliche Begrenzung deponieren können.

Diese konkrete Hilfe soll die Menschen dabei unterstützen, die Obdachlosigkeit zu überwinden und den Zugang zu medizinischer Versorgung, Behördengängen, Arbeitsplatz und Wohnung zu erleichtern. *Der Antrag wird derzeit in den Ausschüssen beraten.*

Wisbyer Straße: Schließung der Gleisquerung



Die Querung der Wisbyer Straße

Der Knotenpunkt Wisbyerstraße/Talstraße/Gudvangerstraße wird durch einen Mittelstreifen mit Gleisen für die Straßenbahnlinie 12 und M13 unterbrochen. Die Querung der Wisbyer Straße von der Talstraße zur Gudvangerstraße - und umgekehrt - ist kein leichtes Unterfangen. Denn es muss nicht nur der mehrspurige Zweirichtungsverkehr der Wisbyer Straße - werktäglich bis zu 32.000 Kfz - beachtet werden, sondern auch der Tram-Verkehr auf dem Mittelstreifen.

Die Überquerung in einem Zug ist dadurch so gut wie ausgeschlossen. Autos bleiben auf den Gleisen stehen, die Straßenbahn wird regelmäßig blockiert. Die gepflasterten Anwohnerstraßen Tal-, Spiekermann- und Herthastraße erleben starken Umgehungsverkehr aus der Prenzlauer Promenade stadteinwärts und -auswärts.

Außerdem müssen laut Bezirksamt „die Poller im Kreuzungsbereich Wisbyer Straße Ecke Talstraße zwei bis drei Mal im Jahr aufgrund von Unfällen ... instand gesetzt werden“. (Kleine Anfrage 0715/IX)

Mit der Schließung der Gleisquerung, einer vergleichsweise einfachen Maßnahme, wäre ein verkehrslenkender Effekt verbunden, der sich mit dem Ergebnis einer deutlich aufwendigeren Planung eines Kiezblocks vergleichen lässt. Bereits ca. 200 Meter weiter besteht an der Neumannstraße eine ampelgeregelte Querungsmöglichkeit. *Dieser Antrag wurde von der BVV beschlossen.*

Behindertenparkplätze für Paula Panke

Nach Beschluss der BVV sollen am Eingang des Bleichröderparks - auf der Höhe Schulstraße 26 - zwei Behindertenparkplätze ausgewiesen werden.

Damit soll der Zugang zum Park und zum Frauenzentrum Paula Panke e.V. barriereärmer gestaltet werden. Ursprung ist ein Antrag der Linksfraktion. *Nun ist das Bezirksamt am Zug, die Umsetzung zu prüfen.*